
Kooperation Stadtwerke

Pressespiegel,
Zusammenfassung

Joachim Jürgens, Pro-Herten

Stand: 12. November 2011

Inhalt

Stadtwerke	2
Vergabeverfahren mit Tücken.....	2
WDR-Lokalzeit: Herten als Vorbild in Sachen Stadtwerke	3
Schwierigkeiten bei Stadtwerke-Gründungen	3
WAZ: Stadtwerke kooperieren	4
Pressemitteilung von Mittwoch, 9. November 2011 Hertener Stadtwerke GmbH	4
Kommentierung von Rajko Kravanja (in Rot) des CDU Artikel "Argumente gegen Stadtwerke sind deutlich"	5
Auflistung der CDU Positionen zu Stadtwerken im Kreis Recklinghausen	10
Herten.....	10
Haltern.....	10
Gladbeck.....	10
Recklinghausen.....	10
OE:	10
Marl:	11
Dorsten:	11
Datteln.....	11
Waltrop.....	11
Castrop-Rauxel	11
SPD: Warum wartet der CDU-Vorstand nicht die Machbarkeitsprüfung zu Stadtwerken ab?.....	11

Quelle: <http://www.derwesten.de/staedte/unser-vest/vergabeverfahren-mit-tuecken-id6060730.html>

Stadtwerke

Vergabeverfahren mit Tücken

09.11.2011 | 18:27 Uhr



Foto:

Der Stadt und der sie beratenden Firma Wibera PWC aus Düsseldorf ist bei der Ausschreibung des Vergabeverfahrens für eine Partnerschaft noch zu gründender Stadtwerke möglicherweise ein folgenschwerer Fehler unterlaufen. Der Geschäftsführer der vom Verfahren ausgeschlossenen Stadtwerke Schwäbisch Hall, Johannes van Bergen, schrieb jedenfalls in einer Mail vom 25. Oktober 2011 an die Stadt, die der WAZ vorliegt, von einem „rechtswidrigen Vorgehen“ und von „destruktiver Arbeitsweise“ der Stadt. Sein Unternehmen werde den Ausschluss vom Verfahren dennoch hinnehmen und nicht anfechten. „Nur deshalb“, wie er sagt, „weil ich dem Konzept nicht ganz traue“.

Dabei gibt es aus Sicht der Regionalgruppe Attac, auf dessen Einladung van Bergen vor einigen Wochen in Recklinghausen einen Vortrag zum Thema Stadtwerke hielt, unter Umständen Anhaltspunkte dafür, das gesamte Verfahren anzuzweifeln. Auf formale Gründe, wie in dem ablehnenden Schreiben der Stadt an die Stadtwerke Schwäbisch Hall zu lesen, könne sie sich nämlich nicht berufen.

Die Stadt argumentiert, sie habe in der Bekanntmachung des Verfahrens explizit die Genehmigung nach Paragraph 4 des Energie Wirtschaftsgesetzes (EnGW) für den Netzbetrieb gefordert. Diese wurde nicht eingereicht, daher stimmten die formalen Voraussetzungen für eine Teilnahme am Bieterverfahren nicht. Aus Sicht von Johannes van Bergen ist dieser Nachweis aber gar nicht notwendig. In bislang 80 Bewerbungsverfahren, an dem sein Unternehmen beteiligt gewesen sei, sei das Fehlen dieses Nachweises niemals moniert worden. Da die Stadtwerke Schwäbisch Hall weit vor der Einführung des besagten Paragraphen 4 ins EnGW am 7. Juli 2005 Netze betrieben hätten und trotzdem fachlich qualifiziert seien, hätten sie wie viele andere Betreiber in der Bundesrepublik so einen Nachweis nicht.

Hätte Recklinghausen so großen Wert auf das Papier gelegt, ein Anruf und die Forderung, es nachzureichen, hätte gereicht, um beim Wirtschaftsministerium eine entsprechende Erklärung

einzuholen. „Man kann doch niemanden rauswerfen, weil er diesen Wisch nicht vorlegt“, argumentiert van Bergen.

Zuspitzen dürfte sich der Streit auf die Formulierung in der Vergabebekanntmachung. Dort heißt es: „Die Bewerber sollten zum Nachweis ihrer Eignung möglichst folgende Unterlagen vorlegen.“ Dieser Satz, so Jochen Glenneschuster von Attac, „ist zu schwammig“. Wenn das Einreichen bestimmter Unterlagen zwingend notwendig sei, müsse das auch ausdrücklich gesagt werden.“ Seine Mitstreiterin Silke Niemeyer sieht genau jenes Argument, das die Stadt immer betont hat, in Zweifel gezogen: „Von einem diskriminierungsfreien Verfahren kann man nicht sprechen.“

Die Stadt hält sich vorerst zurück mit Erklärungen. Christoph Tesche, Erster Beigeordneter und federführend für das Verfahren, sagt: „Da es sich um ein laufendes Verfahren handelt, kann ich nur bestätigen, dass von den zwölf Interessenten drei vom Bieterverfahren ausgeschlossen wurden.“ Dies sei ebenso wenig ungewöhnlich wie unterschiedliche Rechtsauffassungen in einzelnen Punkten.

„Wichtig zu wissen ist, dass nicht wir die Entscheidung gefällt haben, Schwäbisch Hall auszuschließen, sondern unsere Rechtsberater von Wibera.“ Diese würden ihre Position den Mitgliedern der Energiekommission in der nächsten Sitzung noch vor Weihnachten erklären. Die Düsseldorfer waren vor einigen Monaten mit ihrer Bewerbung als Sieger aus der Ausschreibung für die Beratung des zweiten Teils der Anbahnung einer Stadtwerke-Gründung verpflichtet worden. Dienstleistungen dieser Art werden in der Regel mit einer fünf- bis sechsstelligen Euro-Summe entgolten.

Andreas Rorowski

[06. Nov. 2011](#)

WDR-Lokalzeit: Herten als Vorbild in Sachen Stadtwerke

Schwierigkeiten bei Stadtwerke-Gründungen

Im Kreis Recklinghausen haben vier Städte geplant neue Stadtwerke zu gründen. Das Thema ist in Oer-Erkenschwick, Datteln, Waltrop und Recklinghausen mit großer Euphorie angegangen worden. Doch mittlerweile ist Ernüchterung eingeleitet. In Oer-Erkenschwick obsiegt die Sorge, dass man sich verhebt. Beide großen Parteien haben sich daher gegen eine Stadtwerkegründung ausgesprochen. In Recklinghausen hält man weiterhin daran fest.

[Schwierigkeiten bei Stadtwerke-Gründungen \[02:28 min\]](#)

[Studiogast: Christoph Tesche, Kämmerer Stadt Recklinghausen \[02:33 min\]](#)

DERWESTEN
Das Portal der WDR-Mediengruppe

<http://www.derwesten.de/staedte/nachrichten-aus-herne-und-wanne-eickel/stadtwerke-kooperieren-id6058109.html>

Wirtschaft

WAZ: Stadtwerke kooperieren

08.11.2011 | 21:22 Uhr



Foto: Hintergrund: Recklinghausen prüft in diesen Monaten den Aufbau eigener Stadtwerke und sucht dafür einen Juniorpartner. Die kommunalen Energieversorger in Herne und Herten versprechen sich mit einer Beteiligung von 49 Prozent an dem neuen Unternehmen eine bessere Ausgangslage auf dem umkämpften Energiemarkt.

Ob die Stadtwerke Recklinghausen überhaupt gegründet werden oder ob Herne/Herten eine Chance im Bieterverfahren hat, all das steht (noch) in den Sternen. Fakt ist: In der Nachbarstadt läuft der Konzessionsvertrag mit dem Energieriesen RWE aus, deshalb prüft die Kommune die Gründung eigener Stadtwerke. Ein Partner soll dabei helfen, die Risiken zu minimieren. Eine Energiekommission hat Kriterien für die Auswahl des richtigen Partners beschlossen, bei einer Ausschreibung im Sommer signalisierten zwölf Unternehmen ihr grundsätzliches Interesse an der Partnerschaft, neun Kandidaten hat eine Kommission ausgewählt; noch bis 22. November können sie ihr erstes Angebot einreichen. Die Angebote werden geprüft, erst am Ende des Prozesses steht die grundsätzliche Entscheidung darüber an, ob Stadtwerke Recklinghausen tatsächlich gegründet werden.

Fragezeichen stehen auch hinter dem Kaufpreis für das Stromnetz, das die Stadtwerke von RWE übernehmen müssten. Im Raum stehen 35 bis 40 Millionen Euro, ja gar bis 80 Millionen Euro. Möglich ist sogar ein Rechtsstreit über die Kosten.

Die Stadtwerke in Herne und in Herten sehen sich für den Einstieg in Recklinghausen gerüstet. Die Unternehmensspitzen hatten sich zuletzt auf eine Partnerschaft verständigt, am Dienstagabend gaben auch die beiden Aufsichtsräte einstimmig grünes Licht. In einem „Grobkonzept“ haben die neuen Partner schriftlich fixiert, wer welche Aufgaben übernehmen soll. Nach Recherchen der WAZ wollen die Stadtwerke Herne in Recklinghausen demnach die Verantwortung für die technische Betriebsführung der Netzbetriebe Strom und Gas übernehmen, die Hertener Stadtwerke wiederum die kaufmännische Betriebsführung. Die Kooperation, heißt es, soll sich sowohl auf den Netzbetrieb als auch den Vertrieb erstrecken.

Der Vorschlag der Unternehmen kam im Aufsichtsrat gut an. SPD-Fraktionschef Frank Dudda etwa sprach nach dem Treffen gegenüber der WAZ „von einem „sehr interessanten Projekt“. Die Bietergemeinschaft habe auch deshalb „einen besonderen Charme“, weil hier eine städteübergreifende Kooperation angedacht sei. „Das“, so der SPD-Fraktionschef, „ist im Ruhrgebiet das Gebot der Stunde.“

Michael Muscheid, Andreas Rorowski

**Pressemitteilung von Mittwoch, 9. November 2011 Hertener
Stadtwerke GmbH**

Stadtwerke in Herne und Herten beschließen Bietergemeinschaft Gemeinsame Bewerbung für Beteiligung an Stadtwerken in Recklinghausen

Herten/Herne. Einer gemeinsamen Bewerbung für eine Beteiligung an einem neuen Stadtwerk in Recklinghausen steht nichts im Wege. Die Aufsichtsräte der Stadtwerke Herne und der Hertener Stadtwerke haben der Bietergemeinschaft gestern in einer gemeinsamen Sitzung zugestimmt.

„Die gemeinsame Bewerbung hat viele Vorteile“, so Bürgermeister Dr. Uli Paetzel, Aufsichtsratsvorsitzender der Hertener Stadtwerke. „Beide Stadtwerke sind seit über 100 Jahren in der Region verankert und sind seither kompetente Partner in der Energieversorgung. Diese Erfahrung kann für ein neues Stadtwerk in Recklinghausen von großem Nutzen sein.“

Die Stadtwerke aus Herne und Herten arbeiten schon seit Jahren in verschiedenen Bereichen zusammen. „Wir sind ein eingespieltes Team“, sagt Ulrich Koch, Vorstand der Stadtwerke Herne. „Gemeinsam wollen wir für eine sichere, preisgünstige und umweltfreundliche Energieversorgung in Recklinghausen sorgen und innovative Dienstleistungen zur Effizienzsteigerung entwickeln, von denen am Ende die Bürger aller drei Städte profitieren.“

Beide Energieversorger wollen sich zu gleichen Teilen an den Stadtwerken Recklinghausen beteiligen. Die Aufgaben sollen unter beiden Stadtwerken aufgeteilt werden: Die Stadtwerke Herne übernehmen die technischen Netzdienstleistungen, die Hertener Stadtwerke die kaufmännischen Dienstleistungen in den Bereichen Netz und Vertrieb.

Der Abgabetermin für die Bewerbung ist der 22. November 2011. Nach dem 22. November werden die Stadt Recklinghausen und die eingerichtete Energiekommission weitere Bietergespräche mit den einzelnen Bewerbern führen. Voraussichtlich im Frühjahr 2012 wird mit einer Entscheidung gerechnet.

Mehr Informationen unter www.hertener-stadtwerke.de

Herzlich Willkommen auf den Internetseiten der SPD Castrop-Rauxel.

Unsere Internetseiten sind speziell für Sehbehinderte angepasst worden – daher ist das Design eher einfach gehalten. Wenn sie noch weitere Fragen haben, dann nehmen sie doch gerne mit uns Kontakt auf.

Rajko Kravanja

Kommentierung von Rajko Kravanja (in Rot) des CDU Artikel "Argumente gegen Stadtwerke sind deutlich"

Montag, den 31. Oktober 2011 um 16:21 Uhr

Ausgangslage in Castrop-Rauxel

Der Konzessionsvertrag zwischen der Stadt Castrop-Rauxel und RWE läuft noch bis zum 31. 12. 2018.

Heute bezieht unsere Stadt jährlich sichere Konzessionsabgaben in Höhe von 3, 125 Mio. € und zusätzlich 511 000 € für energiesparende Fördermaßnahmen. Im Jahr 2000 gab es außerdem noch

eine einmalige Zahlung von 4,2 Mio. € von der RWE. Optimisten behaupten, die Branche verdiene pro Kunde jährlich bis zu 100 Euro, andere sprechen von 20-40 € pro Kunde/Jahr.

à Hier wird der Eindruck erweckt, dass es nur um die Konzessionsabgabe geht. Die Konzessionsabgabe ist keine gute Gabe der RWE, sondern sie wird von allen Stromkunden im Konzessionsgebiet aufgebracht. Das können Sie an Ihrer eigenen Stromabrechnung nachvollziehen. RWE „sammelt“ in diesem Fall unseren Beitrag ein und leitet an die Stadt weiter. Das muss jeder Netzbetreiber machen. Spannend ist die einmalige Zahlung von 4,2 Mio. hier wird deutlich, welcher Gewinn in der Bewirtschaftung des Netzes liegt. Diesen Gewinn wollen wir mit Stadtwerken für unsere Bürgerinnen und Bürger bereitstellen. Die Konzessionsabgabe ist also völlig unabhängig von der RWE. Die Konzessionsabgabe ist der Stadt immer sicher. Egal wer das Netz besitzt/betreibt...

Die mögliche Gründung von Stadtwerken ist zunächst nur eine gewagte Investition, welche nicht der Bürgermeister oder der Stadtrat tragen, sondern die Steuerzahler unserer Stadt.

à Das ist nur eine Einschätzung der CDU. Wo sind die Fakten? Wir sind der Überzeugung, dass es eine lohnende Investition sein wird. Die anfallenden Kosten werden ja durch den Gewinn von Stadtwerken wieder hereingeholt. Wir wollen eine Wirtschaftlichkeitsberechnung in Auftrag geben, um eine entscheidungssichere Grundlage zu haben. Stadtwerke aber grundsätzlich abzulehnen, weil man eh schon wisse, was bei einer Machbarkeitsstudie rauskommt, ist absurd. Hat die CDU Angst, dass die Wirtschaftsprüfer feststellen, dass Stadtwerke in Castrop-Rauxel sich doch lohnen?

Die Risiken überwiegen

Die Risiken für die Stadt Castrop-Rauxel sind enorm.

à Das ist nur eine Einschätzung der CDU. Wo sind die Fakten? Nein, die Chancen überwiegen. Wir sind der Meinung, dass wir wie die meisten Städte des Kreises Recklinghausen und viele andere um uns herum, die Risiken in einem transparenten und nicht überstürzten Prozess minimieren können und somit wie alle anderen auch von Stadtwerken profitieren können. Warum sind Stadtwerke überall wirtschaftlich, nur in Castrop-Rauxel sollen sie das nicht sein?

Einen Automatismus, dass kommunale Stadtwerke nach kürzester Zeit Gewinne für die Stadt erzielen, gibt es nicht.

à Stimmt. Aber daher brauchen wir die Unterstützung von Experten, die das für uns durchrechnen. Daher sind wir der Überzeugung, dass wir eine Wirtschaftlichkeitsberechnung in Auftrag geben müssen, um eine entscheidungssichere Grundlage zu haben. Stadtwerke aber grundsätzlich abzulehnen, weil man eh schon wisse, was bei einer Machbarkeitsstudie rauskommt, ist absurd. Hat die CDU Angst, dass die Wirtschaftsprüfer feststellen, dass Stadtwerke in Castrop-Rauxel sich doch lohnen?

Marktwissen und Experten in der Verwaltung mit Sachverstand sowie Erfahrung wären Grundvoraussetzung für einen Erfolg

a) Eine rasante rechtliche und wirtschaftliche Entwicklung sowie die Regulierung der Strompreise durch die Bundesnetzagentur erfordern eine ständige Marktbeobachtung und Marktauseinandersetzung. Dieses Fachwissen und die Fähigkeiten zu einem solchen Handeln müssten sich in der Verwaltung etablieren, nachdem zu Beginn starke Partner gefunden wurden. Hier

wären enorme finanzielle Anstrengungen für die Kommune erforderlich um Experten in der Verwaltung neu einzustellen und auch zu halten.

à In der Tat kann man Fach- und Expertenwissen nicht alleine vorhalten. Daher müssen wir einen kompetenten Partner an unserer Seite haben. Wir wollen mit einem Stadtwerk aus der Region kooperieren.

b) Unternehmergeist, Ausdauer, Fachwissen und Risikobenennung wären unabdingbar.

à Ja. In der Tat kann man Fach- und Expertenwissen nicht alleine vorhalten. Daher müssen wir einen kompetenten Partner an unserer Seite haben. Wir wollen mit einem Stadtwerk aus der Region kooperieren.

c) Versorgungssicherheit und Wettbewerb, Klimaschutz, Verbraucherschutz und nicht zuletzt die Wahrung kommunaler Interessen sind durchweg schwierige Punkte, die es bei der Gründung von Stadtwerken zu gewährleisten gilt. Für die überschuldete Stadt Castrop-Rauxel eine absolute Mammutaufgabe.

à Ja, daher muss man auch Expertenwissen im Vorfeld in Anspruch nehmen und breit diskutieren. Andere Städte (auch mit CDU Mehrheit) schaffen das auch. Wir wollen eine Wirtschaftlichkeitsberechnung in Auftrag geben, um eine entscheidungssichere Grundlage zu haben. Stadtwerke aber grundsätzlich abzulehnen, weil man eh schon wisse, was bei einer Machbarkeitsstudie rauskommt, ist absurd. Hat die CDU Angst, dass die Wirtschaftsprüfer feststellen, dass Stadtwerke in Castrop-Rauxel sich doch lohnen?

Der Netzkauf und seine großen finanziellen Risiken

à Dieser Teil bezieht sich auf das Auslaufen der Konzessionsverträge am 31.12.2019 (!) und hat nichts mit der Einrichtung einer Vertriebs- und Produktionsgesellschaft zu tun.

Und auch die Finanzierung des Netzkaufs ist eindeutig eine hohe, langfristig bindende Belastung für Kommunen.

**à Dieser Teil bezieht sich auf das Auslaufen der Konzessionsverträge am 31.12.2019 (!) und hat nichts mit der Einrichtung einer Vertriebs- und Produktionsgesellschaft zu tun.
à Die Finanzierung des Netzkaufen refinanziert sich aus den Gewinnen des Betriebes. Stadtwerkegründung von Kommunen in der Haushaltssicherung ist ausdrücklich gestattet!!!**

a) Mit dem Kauf eines Verteilnetzes ist kein Zugang zu Endkunden verbunden, geschweige denn ein Einfluss auf die Art der Energieerzeugung oder den Energiemix.

**à Dieser Teil bezieht sich auf das Auslaufen der Konzessionsverträge am 31.12.2019 (!) und hat nichts mit der Einrichtung einer Vertriebs- und Produktionsgesellschaft zu tun
à Stimmt. Daher wollen wir auch, wenn wirtschaftlich rentabel (Prüfung erforderlich), auch mit einer Vertriebs- und Produktionsgesellschaft anfangen.**

b) Kein Stadtwerk darf rechtlich aufgrund von Diskriminierungsgründen grünem Strom Vorfahrt gewähren.

**à Dieser Teil bezieht sich auf das Auslaufen der Konzessionsverträge am 31.12.2019 (!) und hat nichts mit der Einrichtung einer Vertriebs- und Produktionsgesellschaft zu tun
à Stimmt, der Stromnetzbetreiber hat keinen Einfluss auf die Art des Stromdurchflusses. ABER eine**

Produktions- und Vertriebsgesellschaft kann natürlich beeinflussen welche Art von Stromerzeugung man in der Stadt vorantreiben will.

c) Die Unsicherheiten wie Fragen zum Wert des Stromnetzes und den Netzentflechtungskosten müssen hierbei genauso benannt werden. In der Privatwirtschaft haftet der Unternehmer selbst. Unsere Stadt hat im wahrsten Sinne des Wortes kein Netz und keinen doppelten Boden, finanziell befindet sich unsere Stadt bereits im freien Fall. Wo bleibt die soziale Verantwortung bei derartigen unternehmerischen Risiken.

**à Dieser Teil bezieht sich auf das Auslaufen der Konzessionsverträge am 31.12.2019! und hat nichts mit der Einrichtung einer Vertriebs und Produktionsgesellschaft zu tun.
à Die Bewertung des Stromnetzes ist ein schwieriger Prozess. Dazu braucht man Hilfe. Trotzdem haben es in den letzten Jahren auch kleinere Kommunen geschafft, ihr Stromnetz rentabel zu kaufen und zu betreiben!**

b d) Auch unter den heutigen Rahmenbedingungen ist dem Ertragswert eines Netzes eine hohe Bedeutung bei der Diskussion möglicher Netzkaufpreise beizumessen. Es muss davon ausgegangen werden, dass es zur Frage des Wertes eines Netzes und damit auch zum Kaufpreis, der für ein Netz zu zahlen ist, große Unterschiede zwischen den Vertragsparteien gibt, die nur in langjährigen und kostspieligen Schlichtungs- oder Gerichtsverfahren zu klären sein werden.

**à Dieser Teil bezieht sich auf das Auslaufen der Konzessionsverträge am 31.12.2019 (!) und hat nichts mit der Einrichtung einer Vertriebs- und Produktionsgesellschaft zu tun
à Wenn es zu unterschiedlichen Auffassungen kommt, muss auch in der letzten Instanz der Rechtsweg eine Option sein. Trotzdem ist die grundsätzliche Frage zu klären, ob sich das wirtschaftlich rechnet. Das muss durch Externe geprüft werden. Stadtwerke aber grundsätzlich abzulehnen, weil man eh schon wisse, was bei einer Machbarkeitsstudie rauskommt, ist absurd. Hat die CDU Angst, dass die Wirtschaftsprüfer feststellen, dass Stadtwerke in Castrop-Rauxel sich doch lohnen?**

e) Erlösobergrenzen für Netzbetreiber sind staatlich festgesetzt. In den nächsten Jahren sollen sie noch einmal um 15% Prozent sinken. Da Stromnetze sogenannte natürliche Monopole darstellen, hat der Staat die Renditen gedeckelt. Die großen Energiekonzerne kommen nach Expertenmeinung leicht auf sieben bis acht Prozent, denn sie haben viele Netze abgeschrieben. Eine Kommune wie unsere Stadt muss aber die Kreditkosten gegenrechnen und da bleiben nach Expertenschätzung kaum mehr als magere drei Prozent Rendite übrig. Je nach Netzstruktur kann es bis zu 15 Jahre dauern- nur wenn alles gut läuft- die Gewinnschwelle überhaupt zu erreichen. Aber es können immer unvorhergesehene Zwischeninvestitionen anfallen.

**à Dieser Teil bezieht sich auf das Auslaufen der Konzessionsverträge am 31.12.2019! und hat nichts mit der Einrichtung einer Vertriebs und Produktionsgesellschaft zu tun.
à Wenn das alles nicht zu finanzieren sei, warum stehen immer noch genügend Investoren (private Bürgerinnen und Bürger sowie große Banken und Fonds) parat, die Finanzierung zu übernehmen? Weil es sich lohnt. Aber auch das muss durch Externe geprüft werden. Sich dem zu verweigern und niemanden zu beauftragen, weil man eh schon wisse, was bei rauskommt, dieses hellseherische „Argument“ von Herrn Breilmann ist absurd.**

f) Es ist höchst fraglich wie unsere Stadt im Nothaushaltsrecht und neben möglichen Verpflichtungen des Stärkungspaktes allein nur die Unterhaltungskosten für Technik und Versorgungssicherheit für das Stromnetz stemmen kann.

à Dieser Teil bezieht sich auf das Auslaufen der Konzessionsverträge am 31.12.2019 (!) und hat nichts mit der Einrichtung einer Vertriebs- und Produktionsgesellschaft zu tun.
à Dies geht nur mit einem Partner, der schon ein Netz betreibt, alleine wäre der Aufwand viel zu groß.

g) Die Bundesnetzagentur hat in der Vergangenheit privaten großen Netzbetreibern eine praktisch hundertprozentige Effizienz bescheinigt, kleineren Stadtwerken dagegen nur einen durchschnittlichen Effizienzwert von 87 Prozent.

à Dieser Teil bezieht sich auf das Auslaufen der Konzessionsverträge am 31.12.2019 (!) und hat nichts mit der Einrichtung einer Vertriebs- und Produktionsgesellschaft zu tun.
à Alle Netzbetreiber sind den Effizienzkriterien unterworfen. Nur weil große Netzbetreiber mehr Gewinn machen, heißt das nicht, dass die Durchleitungsgebühren für den Verbraucher geringer werden. Da das Nutzungsentgelt festgeschrieben ist, wird einzig und alleine der Gewinn der Netzbetreiber größer. Stadtwerke als Netzbetreiber zahlen dagegen höhere Löhne und beteiligen die lokale Wirtschaft – gerne auf Kosten der Effizienz. Bisher schreibt kein Netzbetreiber (egal ob großer Energieversorger oder Stadtwerk) rote Zahlen.

Eine städtische Vertriebsgesellschaft- Ein riskantes Abenteuer

a) Auch nur die Gründung einer Vertriebsgesellschaft stellt eindeutig ein hohes risikobehaftetes Abenteuer für unsere Stadt dar.

à Warum?

b) Die Gründung einer Vertriebsgesellschaft ist mit hohen Kosten für einzustellende Fachleute, Werbung, Vertrieb und Technik verbunden. Diese Kosten hierfür trägt allein der Steuerzahler.

à Das stimmt nur, wenn man ein Stadtwerke ganz alleine gründen will. Wir wollen gemeinsam mit einem Partner starten. Es gibt genügend Stadtwerke, die diese Dienstleistungen für uns in der Anfangsphase erledigen wollen. Castrop-Rauxel ist mit seiner Einwohnerzahl ein interessanter Partner für alle Stadtwerke aus der Region.

c) Mit der Gründung ist noch kein einziger Kunde gewonnen.

à Stimmt, aber dadurch dass der Gewinn in der Stadt bleibt, sind in anderen Städte der Großteil der Bürger zu den Stadtwerken gewechselt, um diese und damit sich selber zu unterstützen. Die Dienstleistungen von anderen Stadtwerken aus der Region sind der Betrieb von Freibädern, Unterstützung von lokalen Vereinen, Schwimmbädern, Stadtentwicklung etc. Wir wollen eine Wirtschaftlichkeitsberechnung in Auftrag geben, um eine entscheidungssichere Grundlage zu haben. Stadtwerke aber grundsätzlich abzulehnen, weil man eh schon wisse, was bei einer Machbarkeitsstudie rauskommt, ist absurd. Hat die CDU Angst, dass die Wirtschaftsprüfer feststellen, dass Stadtwerke in Castrop-Rauxel sich doch lohnen?

d) Auf unserem liberalisiertem Strom- und Gasmarkt gibt es mittlerweile eine Vielzahl von Konkurrenten. Nach Expertenmeinung wird sich der Wettbewerb um Kunden verschärfen.

à Wir wollen nicht alleine am Markt agieren, sondern im Verbund mit lokalen Partnern. Der kommunale Anteil an der Versorgung mit Strom ist bereits 54,2%, mit Gas 51,4%, mit Wärme 53,6% und mit Wasser 77,5%.

e) Als Stromanbieter schneiden kommunale Anbieter auch aufgrund ihrer höheren Preise nach Untersuchungen der Monopolkommission selten gut ab.

à Quellenangabe? www.verivox.de (Stromvergleichsrechner). Hier ist der Vergleichspreis der Standardtarif von RWE. Alle Stadtwerke sind günstiger!

f) Immer mehr Verbraucher merken mittlerweile, wie schnell man bereits über das Internet leicht, risikolos und ohne viel Aufwand jederzeit zu dem günstigsten Strom- und Gasanbieter wechseln kann. Auch die Castrop-Rauxeler Bürger werden immer stärker nach dem günstigsten Strom- und Gasanbieter Ausschau halten. Da wird eine städtische Vertriebsgesellschaft bei der Kundenwerbung nicht mithalten können.

à **Stadtwerke können niemals über Preis gewinnen, sondern durch ihre lokale Verbundenheit. Die Gewinne bleiben in der Stadt und nicht in den Taschen der großen Unternehmen.**

Auflistung der CDU Positionen zu Stadtwerken im Kreis Recklinghausen

Donnerstag, den 27. Oktober 2011 um 10:51 Uhr

Auflistung der CDU Positionen zu Stadtwerken bzw. deren Prüfung. CDU Castrop-Rauxel eindeutig der Negativ-Ausreißer.

Herten

Existierende Stadtwerke werden Parteiübergreifend getragen

Haltern

Existierende Stadtwerke werden Parteiübergreifend getragen (Aktuell CDU Bürgermeister)

Gladbeck

Existierende Stadtwerke werden Parteiübergreifend getragen

Recklinghausen

Homepage der CDU Recklinghausen - CDU pro Stadtwerke

<http://www.cdurecklinghausen.de/index.php?ka=1&ska=1&idn=231>

OE:

Stimberg-Zeitung - CDU und SPD wollen vorerst keine Stadtwerke – schließen sie aber zu einem späteren Zeitpunkt nicht aus

<http://www.marler-zeitung.de/lokales/oer-erkenschwick/Gemeinde-will-vorerst-keine-Stadtwerke;art1006,583094>

Marl:

Marl Aktuell – Stadt will Stadtwerke

<http://www.marlaktuell.de/?p=193407>

Marler CDU Fraktion will ausdrücklich Prüfung von Stadtwerken

<http://www.cdu-marl.de/images/stories/artikel/antraege/101026%20Nachbarstaedte%20Stadtwerke%20Ost.pdf>

Dorsten:

Homepage der CDU Dorsten – Prüfung von Stadtwerken ohne Vorbehalte

http://www.cdudorsten.de/aktuelles_13787901.php

Datteln

Homepage der CDU Datteln – Antrag für Stadtwerke auch im Zusammenhang mit NewPark

http://www.cdu-datteln.de/attachments/article/720/Antrag_Stadtwerke_newPark.pdf

Waltrop

CDU warnt vor überzogenen Erwartungen, macht aber bei der Prüfung mit

<http://www.westline.de/lokales/datteln/nachrichten/In/100000-Euro-Gewinn-fuer-die-Stadt;art1801,556233>

Castrop-Rauxel

Homepage der CDU Castrop-Rauxel - CDU sogar gegen eine Prüfung von Stadtwerken, weil sie das Ergebnis schon wissen

<http://www.cdu-castrop-rauxel.de/cdu-vorstand-legt-antrag-zur-ablehnung-von-stadtwerken-vor/>

SPD: Warum wartet der CDU-Vorstand nicht die Machbarkeitsprüfung zu Stadtwerken ab?

Donnerstag, den 27. Oktober 2011 um 08:07 Uhr

- Stadtwerke-Ausstieg ohne Not und Fakten -

Nach dem Vorstandsbeschluss der CDU reagiert die SPD mit Unverständnis. „Wir haben im Rat fast einstimmig beschlossen, dass wir gemeinsam einen Vorschlag zur Beauftragung einer Machbarkeitsstudie erarbeiten wollen. Obwohl die Lenkungsgruppe der Stadt noch nicht einmal getagt hat, sagt der CDU Vorsitzende jetzt, er wisse schon was bei einer Prüfung herauskommt und daher lehnen er Stadtwerke schon jetzt ab. So eine hellseherische Behauptung habe ich im politischen Raum noch nie gehört. Wo sind die Fakten?“, fragt SPD Vorsitzender Rajko Kravanja.

Der Rat hatte die Vorbereitung für die Beauftragung einer Machbarkeitsstudie eines Wirtschaftsprüfungsunternehmens vor den Sommerferien beschlossen. In der Studie der Wirtschaftsfachleute soll untersucht werden, ob und in welcher Konstellation Stadtwerke für Castrop-Rauxel wirtschaftlich sinnvoll sind. „Es gibt keine Änderungen gegenüber dem Ratsbeschluss. Warum steigt der CDU-Vorstand, ohne dass ein Ergebnis vorliegt, jetzt ohne Begründung aus der Debatte aus?“, fragt Kravanja. „Die pauschale Behauptung, dass es möglicherweise ein zu großes Risiko sei, ist die gleiche oberflächliche Behauptung wie bei der Sozialen Stadt Habinghorst. Auch hier hat sich die CDU ohne Not und Begründung aus der Verantwortung für Habinghorst verabschiedet“, sagt der SPD Vorsitzende.

„Ich kann nur hoffen, dass der CDU Vorstand sich noch bei den Parteikollegen in den Nachbarkommunen umhört. In anderen Kreisstädten ist die CDU für Stadtwerke bzw. wartet eine Prüfung zunächst ab, um auf Grundlage von Fakten das Beste für die Stadt zu entscheiden. Übrigens hat der CDU Beigeordnete der Stadt Recklinghausen die Kritik des RWI ebenfalls zurückgewiesen“, sagt Kravanja und hofft noch auf eine Faktendebatte.

AKTUELLE MELDUNGEN

Pressemitteilung:

Recklinghausen, 20. Oktober 2011

SPD-Kreisverband:

Stadtwerkedebatte ist auch ein Angstkampf der Energiewirtschaft

SPD kritisiert Bericht des RWI

Die SPD im Kreis Recklinghausen kritisiert den Bericht des RWI zur Gründung von Stadtwerken in der Recklinghäuser Zeitung. Das RWI hinterfragt grundsätzlich ob „Stromkunden die Schwimmbäder finanzieren“ sollen, so Dr. Rainer Kambeck, Leiter des Bereiches öffentliche Finanzen beim RWI wörtlich. „Das offenbart die wirkliche ideologische Überzeugung, mehr nicht. Mehrere Aussagen in dem Bericht sind schlichtweg grundfalsch. Das RWI ist bekannt für eine rückschrittliche energiepolitische Position“, sagt der Leiter der Projektgruppe Stadtwerke der Kreis-SPD Rajko Kravanja. „Ja! Wir wollen, dass mit den Gewinnen der Stadtwerke auch kommunale Angebote finanziert werden, die sich viele Bürger ansonsten nicht leisten könnten“, bringt Rajko Kravanja die Einstellung der Sozialdemokraten auf den Punkt, die am vergangenen Wochenende auf ihrem Parteitag mit überwältigender Mehrheit die Gründung von Stadtwerken nach intensiver Prüfung empfohlen haben. „Für die Bürger und die Wirtschaft wichtige volkswirtschaftliche Infrastrukturen müssen von Städten und Gemeinden im Rahmen ihres Daseinsvorsorgeauftrages gesteuert werden“, macht Kravanja deutlich, der auch SPD-Vorsitzender in Castrop-Rauxel ist Die SPD verdeutlicht noch einmal, dass bestehende und neu gegründete Stadtwerke wirtschaftlich erfolgreich im Energiemarkt tätig sind. „Wenn sich das Geschäft nicht lohnen würde, ist nicht verständlich, warum sich dann RWE mit den Städten mit aller Kraft über die Verlängerung des Netzvertrages streiten und die Rekommunalisierung der Strom- und Gasnetze verhindern wollen, „ so Kravanja. Zudem gebe es zahlreiche seriöse Untersuchungen von Instituten, die die Chancen von Stadtwerken objektiv darstellen.

„Wenn man schon mit Institutsuntersuchungen die Öffentlichkeit gegen die Stadtwerke beeinflussen will, sollte auch transparent gemacht werden, dass RWE Vorstände zum Förderverein des RWI gehört“, kritisierte Kravanja. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass in Deutschland bereits 50 neue Stadtwerke gegründet wurden. Allein in Nordrhein-Westfalen sind mit der HochsauerlandEnergie GmbH, den Stadtwerken Münsterland, der NiederrheinWerken, der Schwalm-Nette GmbH, den Stadtwerken Waldbröl GmbH, den Stadtwerken Pulheim GmbH, den Stadtwerken

Minden und der Wadersloh Energie GmbH 8 neue kommunale Unternehmen entstanden. "Die machen das ja nicht, weil sie Harakiri be-treiben wollen. Wer das unterstellt, der hat was ganz anderes im Kopf, nämlich das Geschäft selber machen zu wollen", so Kravanja.

Die Berichterstattung sei gespickt mit Fehlern. So seien z.B. der Netzbetrieb und der Strom-vertrieb an Kunden zwei "verschiedene paar Schuhe". "Auch ohne einen einzigen Kunden ist der Netzbetrieb lukrativ. Investitionen in das Netz machen sich über höhere Netzentgelte geradezu bezahlt. Das ist die Sondersituation im Energierecht. Deshalb macht es schon Sinn sich damit auch genau zu beschäftigen bevor man sich äußert", so Kravanja.